



Anfrage

Vorlage: AF/0017/2018		Datum: 19.02.2018	
Verfasser:	08-AfD-Ratsfraktion	Az.:	
Betreff:			
Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Salafismus in Koblenz			
Gremienweg:			
15.03.2018	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	
			ohne BE abgesetzt geändert

Anfrage:

Nach Angaben des SWR-Magazins „Zur Sache Rheinland-Pfalz!“ wird die Abu Bakr-Moschee in Koblenz vom Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz beobachtet. In einem Freitagsgedbet aus dem Jahr 2015 heißt es unter anderem: "Siegen ist die höchste Stufe (...), also müssen wir dafür sorgen, dass Allah siegreich wird, damit wir auch irgendwann mal siegen". Die Islamismus-Expertin Prof. Susanne Schröter stuft diese Predigten als bedenklich ein. Darüber hinaus bestehen nach SWR-Angaben „klare Bezüge“ zum Salafismus und Verbindungen zur Muslimbruderschaft.

1. Hat die Stadt in der Vergangenheit Hinweise auf islamistisch-salafistische Aktivitäten des „Vereins für islamische Kultur“ bzw. der Moscheegemeinde der Abu Bakr-Moschee in Koblenz-Lützel erhalten?
2. Wenn Ja: Welche waren das?
3. Wenn Ja: Von wem?
4. Wenn ja: Wer war der Ansprechpartner der Stadt in diesem Zusammenhang?
5. Haben der Verein/Moscheegemeinde bzw. Personen, die diesen Netzwerken zugeordnet werden können, finanzielle Zuwendungen (auch Sachspenden) der Stadt erhalten?
6. Wenn ja: Wie hoch waren bzw. woraus bestanden diese?
7. Wenn ja: Wer hat über diese als Verantwortlicher der Stadt entschieden?
8. Wenn ja: Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgten die Spenden bzw. Zuwendungen?
9. In welchem Umfang waren Verein bzw. Moscheegemeinde bzw. diesen Netzwerken zugehörige Personen in der ehrenamtlichen oder professionellen „Flüchtlingshilfe“ in Koblenz tätig?
 - a. Bitte Engagement und Tätigkeit beschreiben.
 - b. Ansprechpartner und Verantwortliche der Stadt benennen.
 - c. Rechtsgrundlage des Engagements nennen.

- d. Dienstleister bzw. Subunternehmer nennen (falls professionelles Engagement mit Arbeitsvertrag).
 - e. Aufsicht führende Behörde und Verantwortliche nennen.
10. Falls professionelles Engagement mit Arbeitsvertrag: Sind diese Personen noch in der „Flüchtlingshilfe“ tätig?
 11. Wenn ja: Welche arbeitsrechtlichen Maßnahmen wurden eingeleitet?
 12. In welchem Umfang hatten diese „Helfer“ Zugang zu Asylbewerbern? (Bitte Veranstaltungen und Zeitstunden auflisten oder einschätzen)
 13. Gab es im Rahmen dieser Tätigkeit unbeaufsichtigte Begegnungen zwischen diesen „Helfern“ und den Asylbewerbern?
 14. Wenn ja: In welchem Umfang? (Bitte Veranstaltungen und Zeitstunden auflisten oder einschätzen).
 15. War den Verantwortlichen der städtischen „Flüchtlingshilfe“ bzw. Betreuung der Stadt bekannt, dass eine signifikante Zahl muslimischer Asylbewerber die Abu Bakr-Moschee in Koblenz zum Gebet oder zu anderen Veranstaltungen besuchten?
 16. Nahm die Verantwortlichen diese Tatsache zum Anlass, sich ein Bild des dort vermittelten Islams und Weltbilds zu machen?
 17. Wenn ja: Wie und in welchem Umfang geschah das?
 18. Wenn nein: Warum nicht?
 19. Gab es Kontakte zwischen Vertretern des Vereins bzw. der Moscheegemeinde oder Personen, die diesen Netzwerken nahestehen, und der Stadt?
 20. Wenn ja: Aus welchem Grund?
 21. Wenn ja: Wer war Ansprechpartner der Stadt?
 22. Inwieweit waren Vertreter des Vereins/Moscheegemeinde oder Personen, die diesen Netzwerken zugehörig sind, in die Integrationsarbeit der Stadt eingebunden bzw. wurden berücksichtigt?
 23. Inwieweit stand der „Beirat für Integration und Migration“ in Koblenz in Kontakt mit dem Verein oder der Moscheegemeinde? (Bitte Ansprechpartner nennen)
 24. Hat die Stadt Erkenntnisse, ob zwischen der in Koblenzer ansässigen Ditib-Gemeinde und dem Verein bzw. Moscheegemeinde Kontakte bestanden?
 25. Der Verein bzw. Die Moscheegemeinde kooperierte offenkundig mit der Gruppierung „Islamisch Studierende in Koblenz“ (ISK). Inwieweit waren Vertreter oder Personen, die diesen Netzwerken zugehörig sind, in die Integrationsarbeit der Stadt eingebunden bzw. wurden berücksichtigt? (Bitte Ansprechpartner der Stadt nennen)

26. Welche konkreten Konsequenzen zieht die Stadt aus dieser Entwicklung hinsichtlich der sozialpädagogischen Betreuung der Asylbewerber und der im Rahmen dieser stattfindenden Integrationsmaßnahmen?
27. Gab es in dieser Angelegenheit Gespräche zwischen dem Verfassungsschutz (VS) und der Stadt?
28. Inwiefern sieht die Stadt die Notwendigkeit, aufmerksamer als bislang auf Zeichen der Radikalisierung unter Asylbewerbern zu achten und sie den Behörden mitzuteilen?
29. Wie bewertet die Stadt von mutmaßlichen „Flüchtlingshelfern“ (Tätigkeit in Koblenz) in ihrer Doppelfunktion als Vereinsfunktionär bzw. Prediger geäußerte Verschwörungstheorien („zionistisch bewirkte Menschenzucht“) bzw. Appelle („Alles für den Sieg des Islams tun, „) (Quelle: Link)?
30. Gibt es Hinweise, dass sich islamistische Einstellungen und fundamentalistische Weltbilder unter den muslimischen Asylbewerbern durch diese Propaganda verstärkt oder radikalisiert haben?
31. Wenn ja: Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um dieser Entwicklung entgegenzutreten?

Die AfD-Ratsfraktion

Joachim Paul, Stellvertretender Vorsitzender, MdL